

SPD Fraktion Fraktion DIE GRÜNEN FDP im Rat	Drucksache Nr. A/16/1334-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt		
<u>Antragsvorlage</u>			öffentlich		
Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss- kontrolle*	
14.12.2015	Rat der Stadt	B			

Beratungsgegenstand

Antrag der Koalition gem. § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt:
Prüfung der Voraussetzungen für ein kommunales Wohnungsbauprogramm in Oberhausen

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. die Prognosezahlen aus dem Gutachten „Wohnen in Oberhausen 2012“ im Besonderen für den Mietwohnungsbau zu aktualisieren.
2. die Bedarfe an sozial gefördertem Wohnraum in den nächsten 5 Jahren, im Besonderen aufgrund aktueller Prognosen über den Zuzug von geflüchteten Menschen nach Oberhausen darzustellen. Hierbei gilt es, den Rückgang des Sozialwohnungsbaubestandes, wie im Jahresbericht 2014 „Wohnungsbauförderung“ dargestellt, zu berücksichtigen.
3. darzustellen, welche Möglichkeiten der Ersatzneubau von Geschosswohnungen in integrierten innerstädtischen Lagen bietet sowie, welche Möglichkeiten es für die Sanierung von Bestandsbauten, im Besonderen die Leerstandsmobilisierung sowohl für private Investoren als auch die Kommune gibt. Dabei gilt es, bestehende und neue Fördermöglichkeiten zu berücksichtigen.
4. welche städtischen Liegenschaften, laufende Bebauungsplanverfahren, städtische erschlossene Grundstücke sowie zusätzlich vorhandene Wohnungsbaureserveflächen für Neubau, Ersatzneubau, Aufstockung etc. in Frage kommen.

Vorsitzender SPD-Fraktion  W. Große Brömer 03.12.2015	Sprecherin Fraktion DIE GRÜNEN  R. Wittmann 03.12.2015	Vorsitzender FDP im Rat  H.-O. Runkler 03.12.2015
---	--	---

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. A/16/1334-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt
-----------------------------	--	------------------------------	----------------------

5. die Gründung einer eigenen kommunalen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft zur Schaffung von sozialgebundenem Wohnraum in wirtschaftlicher, rechtlicher und steuerlicher Hinsicht zu prüfen. Hierbei sind aktuelle Veränderungen in der Förderlandschaft zu berücksichtigen.

Folgende Umsetzungsoption für den Bereich Sozialer Wohnungsbau sollen dabei näher untersucht sowie Aufwand, Prozess und Kosten dargestellt werden, z.B.

- a) durch eine bestehende städtische Gesellschaft
- b) durch eine neue Gesellschaft (in Rechtsform einer GmbH / GmbH & Co. KG)
- c) durch ein Genossenschaftsmodell.

1 **Begründung**

2
3 Die Zuwanderung von geflüchteten Menschen stellt uns auch in Oberhausen vor besondere
4 Herausforderungen. Eine dringende Aufgabe stellt dabei die Bereitstellung von Wohnraum dar.
5 Dabei reichen kurz- und mittelfristige Maßnahmen nicht aus, sondern es bedarf einer langfristigen
6 Perspektive für das Angebot an sozialgebundenem Wohnraum in Oberhausen. Gemeinsam soll es
7 in den nächsten Jahren gelingen, die Nachfrage nach bezahlbaren Mietwohnungen zu decken.
8 Dabei gilt es, nicht nur die Bedarfe zu berücksichtigen, die sich aus der Flüchtlingssituation
9 ergeben, sondern auch die anderer Bevölkerungsgruppen sowie die sich bietenden Möglichkeiten
10 zu nutzen, durch Ersatzneubau und Sanierung die Leerstandssituation zu verbessern.

11
12 Angesichts dieses langfristigen Handlungsbedarfs sowie der Chancen, die ein strategisch
13 gesamtstädtisch angelegtes Wohnungsbauprogramm für Oberhausen bietet, soll geprüft werden,
14 wie ein kommunales Wohnungsbauprogramm Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen von
15 privaten Investoren und noch zu prüfenden Möglichkeiten städtischen Engagements sein kann.